

Freiheit wie in Ungarn.

Herr Carl M. Danzer, Herausgeber von „Danzers Arme-Zeitung“, teilt in der heute erschienenen Ausgabe seines Blattes mit, daß er sich entschlossen hat, die Herausgabe und Leitung dieser Wochenschrift niederzulegen. Er begründet es mit dem Widerspruch, den die von ihm seit jeher vertretene Auffassung der politischen Probleme Ungarns in der parlamentarischen und publizistischen Öffentlichkeit Ungarns in steigendem Grade erzeuge; die Maßregeln, die der gegenwärtige ungarische Ministerpräsident in offener Reichstags-sitzung gegen „Danzers Arme-Zeitung“ angekündigt und gefordert hat, haben in ihm die Überzeugung geweckt, daß diese Zeitung gegenwärtig nicht mehr den geeigneten Boden darstellt, um seinen Standpunkt wirksam zu behaupten. Herr Danzer erklärt, er beuge sich Mächten, die heute stärker sind als der Wille eines einzelnen, er beuge sich, doch ohne sich zu verbeugen.

Man wird diese Mitteilung nach zwei Richtungen bedauern. Herr Danzer hat seine Zeitung, mit deren Tendenz wir sicherlich nicht in allen Punkten einverstanden waren und sein konnten, in durchaus einwandfreier schriftstellerisch und sachlich hervorragender Weise geführt. Es war ein Blatt, dessen Meinung man bekämpfen, dessen Haltung man aber achten mußte. Ferner muß man mit aufrichtigem Bedauern feststellen, daß hier wieder einmal der Aristokratenklingel, der Ungarn beherrscht, auch einen Sieg über Österreich davongetragen hat. Man stelle sich einmal vor, daß es umgekehrt wäre, daß der Herausgeber eines ungarischen Blattes gezwungen wäre, zurückzutreten, weil seine Auffassung der politischen Probleme Österreichs bei uns Mißfallen erweckte! So sehr wir die Beweggründe des Herrn Danzer begreifen, um so sehr müssen wir sie auch bedauern. Es wäre vielleicht doch richtiger gewesen, er hätte es auf einen Kampf ankommen lassen. Die „Arme-Zeitung“ wird zuversichtlich länger dauern als das Regime Bekerle, auch länger als die Herrschaft des Klüngels von Abeligen und Bankdirektoren, die sich jetzt das „ungarische Parlament“ nennen.

Von unserer Regierung und Volksvertretung zu erwarten, daß sie sich mit dieser Angelegenheit und was an ihr von öffentlicher Bedeutung ist, beschäftigen werde, wäre selbstverständlich töricht. Dagegen muß man wohl fordern und darf vielleicht erwarten, daß sich die Verbände der Zeitungs-herausgeber und Journalisten mit diesem Anschlag gegen die Selbstständigkeit der österreichischen Presse beschäftigen werden. Wir wissen nicht, ob Herr Danzer Mitglied dieser Verbände ist. Das ist aber auch ganz gleichgültig. Hier handelt es sich nicht um den einzelnen Mann oder um die einzelne Zeitung, son-

dern um die Frage, ob man dem ungarischen Regierungsklüngel unwiderrprochen das Recht einräumen wolle, das Resten österreichischer Pressefreiheit durch wirtschaftliche Schädigungen zu vernichten.